



Hinter den Mauern

Die Diagnose ist leicht gestellt: Wer Anreize und Einrichtungen schafft, die vorwiegend der Steuerhinterziehung dienen, unterstützt den Rechtsbruch in anderen Ländern und zieht die Aufmerksamkeit und Kritik auf sich. Wer auf diese Art Geschäfte macht, muss den Skandal als Geschäftsrisiko einkalkulieren – alles andere ist naiv oder fahrlässig. [Seite 3](#)



Unter der Projektleitung von Achill Kind veranstaltete das «aha» eine Vollversammlung des Jugendparlaments, an der Jugendliche aus sieben Schulen teilnahmen.

[Seite 5](#)

Andreas Oehry **Raus aus der Sackgasse**

Die Position der Freien Liste zum Finanzplatz Liechtenstein ist bereits in ihrer Entstehungsgeschichte begründet und hat sich seither praktisch nicht verändert. Sie stellt gewisse Entwicklungen auf dem Finanzplatz kritisch in Frage, lehnt aber den Finanzplatz keineswegs insgesamt ab, wie das gerne unterstellt wird.

Die Freie Liste war die erste Partei im Land, die vor der Problematik der Geldwäscherei und der Fluchtgelder diverser zwielichtiger Potentaten aus aller Welt warnte. Sie anerkennt auch ausdrücklich die Fortschritte, die der Finanzplatz diesbezüglich in den letzten Jahren gemacht hat. Das Ziel aber ist, den Finanzplatz langfristig zu sichern, ohne dabei das Ansehen Liechtensteins und seiner Bevölkerung im Ausland noch weiter zu schädigen. Beides hängt eng miteinander zusammen, und beides scheint durch die derzeitige politische Lage in Frage gestellt. Wie die aktuellen Ereignisse zeigen, hat der Finanzplatz ein Problem, das bedauerlicherweise das ganze Land zunehmend in Konflikt mit anderen Staaten bringt. Das Problem heisst Steuerhinterziehung. [Fortsetzung Seite 2](#)

Steuerhinterziehung ist kein Wüstenproblem

Steuerhinterziehung stellt weder in Liechtenstein noch anderswo ein Kavaliersdelikt dar und der Schutz von Steuerhinterziehern keinen Akt von Ritterlichkeit in Erfüllung humanitärer Pflichten gegenüber bedauernswerten Opfern staatlicher Willkür. Steuerhinterziehung bedeutet nichts anderes, als dass dem Staat ihm zustehende Gelder unterschlagen werden. Dabei gründet der staatliche Anspruch im Fall demokratisch verfasster Rechtsordnungen auf dem Willen des Souveräns, der durch seine gewählte Vertretung, das Parlament, die entsprechenden Gesetze erlässt. Steuerhinterziehung richtet sich, wie jeder Verstoss gegen die geltende Rechtsordnung, gegen die jeweilige Gesellschaft, den jeweiligen Souverän. Steuerhinterziehung ist aus ethischer Sicht abzulehnen. Die meisten Rechtsordnungen haben daraus den Schluss gezogen, sie mit strafrechtlichen Mitteln zu bekämpfen. Die grundsätzliche Unterscheidung zwischen Steuerbetrug als einem Strafdelikt und Steuerhinterziehung als Ordnungswidrigkeit findet man in den allerwenigsten Rechtsordnungen. Sie ist im Wesentlichen eine Erfindung der «Steuroasen». Es ist an der Zeit, diese Unterscheidung aufzugeben und sich dafür einzusetzen, dass Liechtenstein in Zukunft bei Steuerdelikten mit den ausländischen Behörden kooperiert und bei begründetem Verdacht Auskunft erteilt.

Reförmchen bringen uns nicht weiter

Dies setzt entsprechende gesetzliche Massnahmen und zwischenstaatliche Vereinbarungen voraus. Das Ziel kann auf verschiedenen Wegen erreicht werden, die Gegen-

stand der politischen Debatte sein sollten. Es ist zu hoffen, dass diese Diskussion in Zukunft auch von den grossen Parteien gesucht und mit Ernsthaftigkeit und ohne Polemik geführt wird. Die derzeitige Behandlung der Revision des Stiftungsrechts im Landtag gibt allerdings ebenso wenig Anlass zu Optimismus, wie das von der Regierung vorgelegte millionenschwere Projekt «futuro». In der umfangreichen Broschüre stellt die Regierung ihre Vorstellungen über die zukünftige Entwicklung des liechtensteinischen Finanzplatzes dar und lässt dabei keinerlei grundlegende Reformbereitschaft erkennen.

Langfristig hat aber der Finanzplatz Liechtenstein nur eine Chance, wenn er sich von zweifelhaften Geschäftspraktiken verabschiedet. Je mehr Schaden das Image des Finanzplatzes durch immer wiederkehrende Steueraffären nimmt, desto grösser wird der materielle Schaden in naher Zukunft. Politik und Finanzakteure tragen eine Verantwortung, die weit über die engen Interessen des Finanzplatzes hinausgeht. Diese sind nämlich nicht in jedem Fall deckungsgleich mit den Interessen des Landes und seiner BewohnerInnen, wenngleich dies gerne von den betreffenden Kreisen suggeriert wird.

Die Chance grundlegender Veränderungen

Erfreulicherweise finden sich auch in den Reihen der anderen Parteien und insbesondere in den Reihen von Bankern, besonnene Köpfe, die nicht gleich das Kriegsbeil schwingen, sondern vielmehr die Krise als Chance wahrnehmen. Es ist zu hoffen, dass sie sich in ihrem Umfeld vermehrt Ge-

hör verschaffen werden. Die Freie Liste unterstützt alle Bestrebungen, den Umbau des Finanzplatzes Liechtenstein zu einem hochprofessionellen, hohen ethischen Ansprüchen genügenden Anbieter von Finanzdienstleistungen rasch voranzutreiben. Auf das Geschäft mit Schwarzgeld kann dieser Finanzplatz verzichten ohne Schaden zu nehmen, sofern er innovative und im internationalen Vergleich erstklassige Finanzdienstleistungen anbietet und seine Standortvorteile nutzt – in erster Linie die Zugehörigkeit zum Raum des Schweizer Franken.

Das Ansehen Liechtensteins wird ramponiert

Wenn aber wie bis anhin weiter «finanzgewirtschaftet» wird und die Beihilfe zur internationalen Steuerhinterziehung wesentliches Standbein des Finanzplatzes bleibt, besteht die Gefahr, dass der Druck von Aussen stetig zunimmt und weitere, durchaus effektiv inszenierte Steueraffären nicht nur das Ansehen Liechtensteins und seiner Bevölkerung weiter ramponieren, sondern auch zu grossem materiellem Schaden für Land und Leute führen. In diesem Fall drohen nicht nur massive Einbussen im Finanzbereich sondern auf Grund des weiteren Imageschadens auch Verluste in anderen Sektoren der liechtensteinischen Wirtschaft, in erster Linie in der stark exportabhängigen Industrie. Je schneller und effektiver der skizzierte Umbau des Finanzplatzes gelingt und je mehr er von Innen heraus erfolgt, ohne weiteren Druck von Aussen, desto grösser wird der Nutzen für alle sein.

Presse

«Die aktuellen Turbulenzen um den Finanzplatz Liechtenstein sind auch – das liegt leider auf der Hand – eine Antwort auf jahrelanges stillschweigendes Aussitzen längst fälliger Veränderungen. Wir hatten gehofft, der Kelch würde an uns vorübergehen. Ein fataler Irrtum, wie uns die Gegenwart beweist. Die aktuelle Finanzplatz-Auseinanderstzung war voraussehbar – wenn sie auch zeitlich und in der Wucht überraschend sein mag. **Das wissen jene, die es wissen müssen, schon lange.** Man glaubte wohl, der Bevölkerung Veränderungen nur in sehr kleinen Dosen zumuten zu können. Lieber eine Schlagzeile «Der Reichtum bleibt» mehr als ein Wort über die bevorstehenden Veränderungen zuviel.»

Heinz Frommelt, Gastkommentar, Vaterland 1.3.2008

Adolf Ritter **Hinter den Mauern**

Die Diagnose ist leicht gestellt: Wer Anreize und Einrichtungen schafft, die vorwiegend der Steuerhinterziehung dienen, unterstützt den Rechtsbruch in anderen Ländern und zieht die Aufmerksamkeit und Kritik auf sich. Wer auf diese Art Geschäfte macht, muss den Skandal als Geschäftsrisiko einkalkulieren – alles andere ist naiv oder fahrlässig.

Stimmen, die vor der Schocktherapie warnen, gab es genug, wurden aber nie ernst genommen. Der Skandal hat sich angekündigt. Auch nach den Finanzbeben der vergangenen Jahre hat man sich gegen jeden Angriff immun gefühlt und ganz nach dem Motto weitergemacht: Was Gewinn bringt ist gut. Im Schatten des Geldflusses ist eine Kultur der Arroganz und Geldgier entstanden. Die ersten Reaktionen auf die Affäre zeigen denn auch, dass man aus der Vergangenheit nicht ausreichend gelernt hat. Zu Führungskräften gehört die Fähigkeit, Risiken richtig einzuschätzen, auf den Ernstfall vorbereitet zu sein und das Unplanbare professionell zu managen. Stattdessen begegnet man der Krise anfangs mit erschreckender Ratlosigkeit und Verwirrtheit. Das völlig gestörte Unrechtsbewusstsein deckt die massiven blinden Flecken der eigenen Wahrnehmung auf. Das tagelange Schweigen verrät die Panik des Ertappten und zeigt, wie heftig man aus der Wirklichkeit gefallen ist. Und die Attacken gegen Deutschland schwächen leichtfertig die eigene Verhandlungsposition. Wer so in der Krise operiert, hat schlechte Karten.

Wieviel Reform darf's denn sein?

Leider haben die Hardliner auch bis jetzt nicht eingesehen, dass Empörung als Reaktion nicht ausreicht und die gegenseitige Verunglimpfung zwangsläufig den krisengeschüttelten Finanzplatz noch tiefer in den Abgrund reisst. Es reift zwar die Erkenntnis, dass das jetzige Stiftungsrecht in der jetzigen Form nicht aufrechtzuerhalten ist, aber eine Akzeptanz durch andere Staaten strebt man auch mit der Reform nicht an. Auch das «neue Stiftungsrecht» bietet sich weiterhin als Instrument für Steuerhinterziehungen an. Es wird also alles beim Alten bleiben, da nützen sämtliche verbale Querschläge nichts und die eigent-



Transparenz macht unangreifbarer.

lich schon lange eingeleitete Stiftungsreform hat sich mittlerweile selbst überholt.

Das richtig und passend empfundene System

Unter Realitätsverlust behandeln auch die beiden Landtagszeitungen den Streit. Man bedient und hetzt die Stammtische. Da die immer schon bösen Deutschen und hier das kleine Liechtenstein mit seiner moralischen Überlegenheit. Und die Regisseure des Abwehrkampfes lassen keinen Zweifel daran: Der Finanzplatz, das ist Liechtenstein. Und Liechtenstein, das sind wir alle. Ergo hängt jeder mit drin und wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. VU und FBP und ihre Presse-Organe tun alles, um uns alle in Geiselnhaft zu nehmen. Das Volk muss ausbaden, was Uneinsichtige verbockt haben. **«Es ist billig und erweist dem Land einen schlechten Dienst, vor die eigenen Mauern hinauszutreten und sich mit denen zu solidarisieren, die zur Verfolgung ihrer Eigeninteressen das in Liechtenstein gewachsene und**

hier grundsätzlich richtig und passend empfundene System bekämpfen», droht der VU-Präsident und gibt vor, was jedem blüht, der es wagt, Kritik an der eigenen Sache zu üben: Solch absurde und autoritäre Ansichten verzerren das Bild und verbieten jede Innenschau. Wer nicht spürt, wird namentlich geächtet und angefeindet und dem Zorn der Strasse überlassen. Wo leben wir?

Dass das Bankgeheimnis und der Schutz der Privatsphäre vor willkürlichen Eingriffen für Liechtenstein wichtig sind, daran zweifelt niemand. Wir sind auch kein Räuberstaat. Aber solange Steuerhinterziehung ein Kavaliersdelikt ist, hat der Finanzplatz Liechtenstein ein Argumentationsproblem, vor allem ein moralisches und ethisches. Ohne Kooperation in Steuerfragen droht die nächste Krise. Hier liegt die Chance für Liechtenstein.

Pressespiegel

«Für die Erreichung internationaler Anerkennung muss sich der Finanzplatz in seinem Grundverständnis fundamental wandeln. War zuvor eine reaktive Haltung weit verbreitet, gemäss welcher beanstandete Geschäftspraktiken **primär dann geändert werden, wenn aufgrund internationalen Drucks keine andere Möglichkeit mehr besteht**, muss sich das künftige Verhalten von einem konsistenten Wertekatalog ableiten, welcher die Möglichkeit und Grenzen am Finanzplatz umreist.»

Futuro, Endbericht

«**Es wird sich nur etwas ändern, wenn der Druck aus dem Ausland stark genug wird.** Der Finanzplatz Liechtenstein kann auch ohne Schwarzgeld gut leben. Was mir Bauchschmerzen bereitet, ist, dass auch innerhalb des Finanzplatzes zunehmend kriminelle Energie freigesetzt wird: Aus der LGT wird eine CD-Rom mit Daten gestohlen. Und auch die LLB wird ja erpresst. Das ist kein gutes Zeichen. Auch das zeigt, dass grundsätzlich etws nicht stimmt.»

Egon Matt, Frankfurter Rundschau 19.2.2008

«Experten wie Harald Bösch, Dozent für Stiftungsrecht in Liechtenstein schwant Übles: **Das Missbrauchspotenzial werde so nicht kleiner, und der Druck aus dem Ausland bleibe bestehen, glaubt er.** Das sieht auch Fritz Kaiser so, Mitinhaber der Vermögensverwaltungsgruppe Kaiser Ritter Partner mit Treuhandsparte und Privatbank in Vaduz. Seit Jahren redet er seiner Branche ins Gewissen: «Die Zukunft liegt nicht mehr bei den Schwarzgeldkunden, sondern bei Kunden, die gesetzeskonform sein wollen.» Man müsse sich rasch zu einem «anerkannten Kompetenzzentrum in Private Wealth Management» entwickeln.»

Bilanz, 7.3.2008

«Nur 65 der über 400 Treuhänder informierten die FIU über einen Verdacht auf kriminelle Geschäfte. Brühlhart werte dies aber nicht als mangelhafte Meldedisziplin, sondern als konsequente Umsetzung des Abwehrdispositivs [...] **Genau hier setzt die Kritik des IWF ein. Der Kleinstaat müsse endlich auch sein Stiftungsrecht überprüfen**, heisst es im Bericht. Die zentrale Forderung: Die mit Hilfe von Treuhändern errichteten Stiftungen sollten bei den Steuerbehörden registriert und die Finanztransaktionen verfolgt werden. [...] Davon will man in Liechtenstein jedoch nichts wissen. Das Ländle plant zwar eine Totalrevision des Stiftungsrechts, anonyme Stiftungen sollen aber weiterhin zugelassen werden. Damit dürften die Steuerschlupflöcher für wohlhabende Ausländer Bestand haben... »

Tagesanzeiger, 6.3.2008

Interview mit John Christensen, Steuerexperte und Gründer des Tax Justice Networks: «[...] Steueroasen unterminieren die Demokratie sowie das Vertrauen in Gesetze und den Staat. Sie fördern durch ihre Verschwiegenheit Wirtschaftskriminalität. Vor allem führen sie dazu, dass immer weniger Steuern gezahlt werden und Staaten so ihre öffentlichen Aufgaben wie Gesundheitsversorgung, Bildung oder sozialen Ausgleich nicht mehr erfüllen können. **Die Schliessung von Steueroasen ist nach dem Klimawandel die grösste politische Herausforderung des 21. Jahrhunderts.**»

Format 7.3.2008

Karin Jenny Ein Grund zum JUBELn

Unter der Projektleitung von Achill Kind veranstaltete das «aha» eine Vollversammlung des Jugendparlaments, an der Jugendliche aus sieben Schulen teilnahmen.

In langer Vorbereitungszeit eruierten ca. 55 KlassensprecherInnen, was ca. 900 SchülerInnen von der 1. Klasse bis zur 4. Klasse bewegt. Da frühere Jugendparlamente im Sande verliefen, d.h. auch keine nachhaltigen Auswirkungen hatten, entschlossen sich die OrganisatorInnen zu einer anderen Art der JugendBeteiligung Liechtensteins (JUBEL).

Am 27.2.2008 präsentierten die Jugendlichen ihre Anliegen, die sie in sechs Workshopgruppen erarbeiteten. Um sicher zu stellen, dass sie angehört und ernst genommen werden, luden die Jugendlichen PolitikerInnen und Fachleute ein, um ein unmittelbares Feedback auf ihre Anliegen zu bekommen.

Das Grundkonzept sieht vor, dass es sich um Projekte handelt, die von den Jugendlichen selbst mit Hilfe von Moderatoren, Fachpersonen und Politikern umgesetzt werden können. Doch wie sieht das der Projektleiter Achill Kind?

Anliegen in Bezug auf Busverbindungen, Freizeitaktivitäten, Schule, Umwelt, Jugendgesetz und Diskriminierung waren die Themen, die an dieser Veranstaltung vorgestellt wurden. Die Veranstaltung war sehr aufwändig und engagiert durchgeführt worden. Sind die Jugendlichen und du als Projektleiter mit dem Verlauf der Veranstaltung zufrieden?

Ich bin mit dem Verlauf der Veranstaltung sehr zufrieden. Wir hatten sehr viel in nur wenigen Stunden bewegen können. Das natürlich nur durch die engagierte Vorarbeit der KlassensprecherInnen. Sie absolvierten ein ganzes Wochenende als Vorbereitung und sammelten in ihren Klassen aktiv die Themen, die an der Vollversammlung besprochen wurden. Auch in ihren Präsentationen fand ich sie souverän. 100 % der angemeldeten KlassensprecherInnen machten mit und auch die Fachpersonen und ein grosser Teil von PolitikerInnen waren der Einladung gefolgt. Im Ver-



Achill Kind, der Projektleiter von JUBEL führt durch die Veranstaltung.

gleich mit anderen Jugendparlamenten in der Region ist das einmalig.

Jugendbeteiligung ist das Stichwort der Veranstaltung – allein mit dem Vorbringen von Anliegen dürfte es wohl kaum getan sein. Was ist geplant, damit wenigstens ein Teil Anliegen der Jugendlichen auch umgesetzt wird?

Die Jugendlichen werden sich im April mit den ModeratorenInnen in ihren Projektgruppen treffen und Gespräche mit den Fachpersonen und PolitikernInnen führen. Gemeinsam soll ein realistisches Ergebnis erreicht werden, das für die Jugendlichen zufriedenstellend ist.

Wie wollt Ihr erreichen, dass Jugendpartizipation über den Anlass hinaus möglich ist?

Durch die Umsetzung der Projekte, die Erfahrung der Gestaltungskraft, die Entwick-

lung eines Bewusstseins bei den Jugendlichen, dass sie etwas bewirken können. Auch die Medien könnten eine positive Rolle spielen und die Jugendlichen unterstützen. Die Struktur muss aber erst aufgebaut werden. Das Ziel ist es, dass JUBEL mit der Zeit selbstständiger agiert. Demokratisches Selbstbewusstsein ist etwas, was man erfahren muss. Erst durch die Handlungsperspektive bekommt die Demokratie eine Gestalt. Deshalb bin ich froh, dass mit Jubel auch die Jugend in diesen demokratischen Prozess mit eingebunden ist. Natürlich hängt damit auch das Ohr und die helfende Hand der erwachsenen Experten zusammen. Aber die Jugend ist die Zukunft und sie wird es uns danken, wenn wir sie wertschätzen, genau durch so ein Projekt wie JUBEL.

Wir können endlich mitbestimmen

Gina, Peter und Anja sind drei von den vielen Jugendlichen, die dabei sind, wenn es um Beteiligung geht. Ihnen ist eines gemeinsam: grosses Engagement im Rahmen der Jugendbeteiligung. Peter, der in der Umweltgruppe mitarbeitete, nach seiner Motivation befragt, meinte: «Es nützt ja nichts, wenn wir immer nur schimpfen –

mit dem Projekt JUBEL hatten wir erstmalig die Gelegenheit, uns konkret Gedanken zu machen, was man z.B. zur Reduktion des CO₂-Ausstosses tun kann. Natürlich ist es etwas überspitzt formuliert, jeden zweiten Sonntag autofrei zu halten. Aber manchmal muss man viel verlangen, damit etwas geschieht. Wenn es uns gelänge, dass

man z. B. sechs autofreie Sonntage pro Jahr organisieren könnte, wäre das schon ein Fortschritt.» Anja und Gina sind beide in der Gruppe, die sich den Freizeitaktivitäten bzw. den Freizeitangelegenheiten widmet. «Ein Jugendcafé in autonomer Selbstverwaltung – das wäre ein Traum. Wir möchten nicht immer von Jugend- und Sozialarbeitern umgeben sein. Wir sind sicher, dass wir ein solches Café selbst führen könnten. Eines auch, das nicht nach Jugendraum «riecht», mit richtiger Bar, Snacks und allem Drum und Dran. Natürlich unter Einhaltung des Jugenschutzgesetzes...» Auf die Frage, ob sie sich nun konkrete Unterstützung durch die Politik oder andere Fachleute erwarten, meinten beide, dass man ihrem Anliegen an der Veranstaltung sehr positiv gegenüberstand – für die beiden Mädchen steht fest, dass es im Zuge der Nachbearbeitung möglich sein würde, dieses Anliegen zu realisieren. Peter meinte dabei schon fast weise, dass man abwarten müsse ... ganz gibt er die Hoffnung nicht auf, dass die Massgeblichen begreifen, wie ernst es den Jungen mit dem Umweltschutz sei. Abschliessend sehen alle drei, dass sie persönlich enorm viel von ihrem Engagement profitiert haben: sie haben gelernt, ihre Anliegen zu formulieren, sich zu präsentieren und vor allem haben sie gelernt, dass es Spass machen kann, wenn man sich aktiv daran beteiligt, dass etwas anders wird.



Mitmischen heisst einmischen.

Heimat – ein Märchen

Die Schauspielerin Katja Langenbahn ist die dritte Künstlerin, die ihren Beitrag zum «Jahr der Heimat» leistet.



Katja Langenbahn, 1966. Schauspielerin. Engagements: u. a. TaK, Schlösslekeller, Landesmuseum, ausser Schauspiel auch Regie bei Kinderfilmen und IBK Preisträgerin (Schauspiel). Auslandsengagements: Schweiz und Österreich

Karin Jenny Entspannen wir uns

Was ist geschehen, dass in diesem Land die nationale Betroffenheitshysterie ausbrechen konnte? Der Reihe nach: Ein Land schlägt Kapital daraus, dass es Wüsten und Oasen gibt. Ein Gauner nutzt dieses Wüsten-Oasen-System aus. Er stiehlt Daten, verscherbelt sie für viel Geld an einen Abnehmer, der auf legalem Weg offenbar nicht an solche Daten herankommt. Der Abnehmer wiederum schlägt Kapital aus dem Deal und freut sich über den zu erwartenden Geldregen. Und die Hüter der Oase stehen als ein einzig Volk zusammen, wehren berechnete und unberechnete Vorwürfe mit nichtssagender Diplomatie oder groben Verbalattacken ab. Ganz Liechtenstein muss geschützt werden. Verständlich. Es ist nur nicht klar, wer denn nun wirklich geschützt werden muss. Der Bankenplatz, die Treuherzigen, Otto Normalverbraucher, der Sozialstaat Liechtenstein, die Wirtschaft ... wer profitierte denn in der Vergangenheit am meisten von anonymen Stiftungen? Ausser natürlich die Steuerhinterzieher aus den Wüsten dieser Welt.

Und da steht einer auf der Bühne an einer Pressekonferenz in der Rolle des Staatsoberhauptes und verteidigt die Interessen Liechtensteins. Mit markigen Worten. Und zwischendrin hört man LGT und «Wir» und man fragt sich, wer denn «Wir» ist und wer da eigentlich spricht: das Staatsoberhaupt oder der Chef der grössten Bank Liechtensteins oder einer in Personalunion?

Und die Weissen zeigen sich als die schwarzen Schafe der Familie, nur weil sie darüber reden, was eigentlich sowieso allen klar ist, nämlich, dass das Haus renoviert gehört; dass ein in die Jahre gekommenes und ausgereiztes System nicht in alle Ewigkeit funktionieren kann; dass es so etwas wie Ethik und Solidarität braucht.

Das Image ist wieder einmal im Eimer. Liechtenstein wird beschimpft und für LiechtensteinerInnen sind Auslandsaufenthalte im Moment nicht grade das Gelbe vom Ei. Und wer ist schuld daran?

Ja, genau, die Weissen, die ihren Mund nicht halten können und nicht stur Front gegen alle berechtigten und unberechtigten Vorwürfe aus dem Ausland machen. Als Einzige beantworten sie die Fragen von Journalisten. Sie kommen ja so selten dazu, in den Medien ihre Meinung darzulegen.

Und weil unsere Medien auch noch was Substantielles schreiben wollen, lesen sie z.B. die Frankfurter Rundschau, mascheln das Gesagte im Vorspann mit Anleihen aus dem Kriegswortschatz auf und zitieren den «Verräter». Mit dem Vorspann wird garantiert, dass jede/r weiss, wie dieses Zitat zu sehen ist. Und fertig ist das Wahlgericht. Endlich hat man jemanden, auf den man losgehen kann. Deutschland ist so weit weg und so unbeeindruckbar und die heiligen Kühe hierzulande sind unantastbar. Es ist wirklich gut, dass es die Freie Liste gibt – wer weiss, welchen Schwachsinn unsere Medien sonst noch schreiben würden. Und die Weissen sparen viel Geld für Aufmerksamkeitskampagnen – sehen wir die Sache doch einfach mal so. Das entspannt.

Presse

Kann der Finanzplatz die Krise aussitzen? «Primär im Visier ist Liechtenstein. **Die Schweiz muss sich darum auch gegen die spezielle Stiftungssituation dort abgrenzen.** Das sollten alle Steuerintermediäre öffentlich klarstellen. Der Finanzplatz soll für Sicherheit und Kompetenz, aber nicht für Beihilfe zu Steuerhinterziehung stehen. Ob das ein Spiel auf Zeit ist oder ob das im Ausland irgendwann auch verstanden wird, ist schwer zu prognostizieren.

Interview mit Stephan Kuhn, Steuerpartner bei Ernst & Young, Tagesanzeiger, 4.3.2008



Nichts ist in Stein gemeisselt. Veränderung aber braucht Mut.

Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen möchten, werden Sie Mitglied bei der Freien Liste.

www.freieliste.li